

FA-1 Die Zukunft des Landes familiengerecht gestalten

Antragsteller*in: Landesvorstand, Anne Spiegel (KV Speyer), Daniel Köbler (KV Mainz),
Tagesordnungspunkt: 3. Familienpolitik

1 Familie ist für uns GRÜNE überall da, wo Menschen verbindlich füreinander
2 Verantwortung übernehmen – ob in klassischer Ehe mit oder ohne Kinder,
3 alleinerziehend, in Patchwork oder in einer gleichgeschlechtlichen
4 Partnerschaft. Sie alle gilt es zu schützen und zu fördern. Dies gilt
5 insbesondere für kinderreiche Familien und Alleinerziehende, denn diese sind
6 besonders oft von Armut betroffen. Familie ist bunt und deshalb muss auch
7 Familienpolitik bunt sein: Sie muss den unterschiedlichen Lebensentwürfen und
8 Lebensumständen Rechnung tragen.

9 Wir GRÜNE wissen: Familien sind heute so unterschiedlich, wie die Menschen, die
10 sie bilden. Wir unterstützen es, wenn Menschen, die mitten im Leben stehen, in
11 vielfältiger Weise gleichberechtigt Verantwortung füreinander übernehmen. So
12 verteidigen wir die moderne und weltoffene Gesellschaft auch in der
13 Familienpolitik!

14 Familien erbringen unverzichtbare Leistungen für die Gemeinschaft. So etwa die
15 Fürsorge für Kinder und pflegebedürftige Angehörige. Sie schaffen sozialen
16 Zusammenhalt, indem sie sich zivilgesellschaftlich für andere Menschen
17 engagieren. Familien tragen auch zu Integration bei. Familiennachzug erleichtert
18 die Integration von Flüchtlingen. Um Familienleben ermöglichen zu können und
19 Familien bei ihren Aufgaben zu unterstützen, ist gesellschaftlicher Zusammenhalt
20 unentbehrlich.

21 Rechte Parteien bedrohen jedoch mit ihren rückwärtsgewandten familienpolitischen
22 Konzepten die Vielfalt der Familienformen und den Zusammenhalt unserer offenen
23 Gesellschaft. Sie wollen zurück zur traditionellen Ehe als Ort der
24 Kinderproduktion, wo nur der Mann arbeitet, die Frau zu Hause bleibt und der
25 Staat andere Familien nicht mehr unterstützt. Wir dürfen nicht zulassen, dass
26 niedrige Geburtenraten zum Vorwand dienen, um einen gesellschaftspolitischen
27 Anschlag ausgerechnet auf diejenigen Familien zu verüben, die Emanzipation und
28 Gleichberechtigung leben!

29 Unsere GRÜNE Familienpolitik hingegen ist darauf ausgerichtet, dass Familien in
30 all ihren Facetten die Unterstützung bekommen, die sie brauchen, um ihren
31 selbstgewählten Lebensentwurf frei gestalten zu können. Wir wollen keine
32 Rollenmodelle vorschreiben, sondern Rahmenbedingungen schaffen, welche
33 Selbstbestimmung möglich machen, Geschlechtergerechtigkeit voranbringen und
34 nicht zuletzt den Lebensunterhalt langfristig sichern. Die Familienpolitik in
35 Rheinland-Pfalz trägt eindeutig eine GRÜNE Handschrift. Rheinland-Pfalz ist
36 heute ein familien- und kinderfreundliches Land. Es gibt sehr gut ausgebaute
37 Kindertagesstätten, eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, eine
38 vielfältige und durchlässige Schullandschaft, berufliche Chancen, eine sehr gute
39 Situation auf dem Arbeitsmarkt und eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf
40 sind Merkmale erfolgreicher, moderner Familienpolitik. Wir haben Rheinland-Pfalz
41 zum Familienland gemacht.

42 Und wir wollen Rheinland-Pfalz noch familienfreundlicher gestalten. Für ein
43 gutes Familienleben brauchen Familien Zeit, gute Infrastruktur, genügend Geld
44 und Gleichberechtigung der Geschlechter.

45 Eine familienpolitische Zeitwende schaffen!

46 Eltern wollen wirtschaftlich unabhängig sein, aber auch relevante Zeit mit ihren
47 Kindern verbringen. Beides muss selbstverständlich sein. Und doch ist es so,
48 dass viele Frauen noch immer Angst haben, Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern
49 mitzuteilen, dass sie schwanger sind und es Männern unangenehm ist, Elternzeit
50 zu beantragen. Niemand soll sich für Familienzeit rechtfertigen müssen!
51 Vereinbarkeit bedeutet nicht, dass sich Familien der Arbeitswelt anpassen
52 müssen, sondern umgekehrt: dass Unternehmen familienkompatible Arbeitsplätze und
53 mehr Zeit, etwa in Form von Zeitkonten anbieten müssen. In Zeiten des
54 demografischen Wandels und des Fachkräftemangels konkurrieren Unternehmen -
55 nicht selten weltweit - um die besten Beschäftigten. Ein modernes
56 Familienleitbild der Unternehmen kann dabei den Ausschlag geben. Viele
57 Unternehmen haben dies erkannt und angefangen, Arbeitszeit neu zu denken und
58 innovative Konzepte für ihre Belegschaften zu entwickeln. Solche Wege wollen wir
59 unterstützen: mit einer flexiblen Vollzeit, die es Beschäftigten ermöglicht,
60 freier zu entscheiden, wie innerhalb eines Korridors von 30 bis 40 Stunden ihre
61 persönliche Vollzeit aussieht; mit einem Rückkehrrecht auf die ursprüngliche
62 Stundenzahl nach einer Phase der Teilzeit; mit einem Recht auf Homeoffice als
63 Ergänzung zum festen Arbeitsplatz sowie mit einer Pflegezeit, die hilft, die
64 Sorge für einen nahestehenden Menschen mit dem Beruf besser zu vereinbaren.
65 Familien sollen mehr Zeit für- und miteinander erhalten! Zeit ist DIE
66 Familienwährung der Zukunft!

67 Zeitpolitik spielt in viele Politikfelder hinein: Von der Wirtschafts-, Frauen-
68 und Arbeitsmarktpolitik angefangen bis hin zur Sozial- und Familienpolitik. Wir
69 wollen eine Debatte darüber anstoßen, wie wir die Fürsorgearbeit, die in unserer
70 Gesellschaft geleistet wird, solidarisch absichern. Wir wollen Lohnarbeit und
71 Fürsorgearbeit gerechter zwischen den Geschlechtern verteilen, mehr
72 Mitbestimmung über die Arbeitszeitgestaltung für alle Berufstätigen sowie eine
73 stärkere Flexibilität für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Wahl ihres
74 Arbeitszeitvolumens. Zugleich brauchen wir Möglichkeiten für berufliche
75 Auszeiten, die auch Selbstständigen zugute kommen, und wollen auch Menschen mit
76 geringem Einkommen mehr Zeit neben der Lohnarbeit ermöglichen.

77 Dies wollen wir mit dem GRÜNEN Konzept „KinderZeit Plus“ erreichen. Das
78 bestehende Elterngeld, der finanzielle Schonraum im ersten Lebensjahr, soll
79 weiterentwickelt werden. Jedes Elternteil erhält acht Monate Unterstützung –
80 weitere acht Monate können sie sich frei untereinander aufteilen. Im ersten
81 Lebensjahr des Kindes können beide Elternteile für maximal zwölf Monate
82 vollständig aus dem Beruf aussteigen. Danach federt die KinderZeit Plus eine
83 Arbeitszeitreduzierung finanziell ab, damit alle – auch Menschen mit niedrigerem
84 Einkommen - sich eine solche Reduzierung leisten können. Die KinderZeit Plus
85 gibt Eltern größere Entscheidungsspielräume, erleichtert Müttern einen schnellen
86 Wiedereinstieg in den Job oder die Ausbildung und unterstützt eine vollzeitnahe
87 Teilzeit beider Eltern nach dem ersten Lebensjahr eines Kindes.

88 Familien wünschen sich auch eine gute Vereinbarkeit von Familie bzw. Pflege und
89 Beruf. Wir unterstützen es, wenn jemand Verantwortung für andere übernimmt. Die

90 Unterstützung und Pflege alter und kranker Menschen ist gesellschaftlich
91 wichtig. Rheinland-Pfalz fördert daher regionale Netzwerktreffen, die das Ziel
92 haben, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber aus der Region und
93 familienunterstützende Dienstleister zusammenzubringen, um Möglichkeiten der
94 gegenseitigen Unterstützung und der Kooperation bei der Umsetzung einer guten
95 Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erörtern. Auf Bundesebene setzen wir uns
96 dafür ein, dass, wer Pflegebedürftige unterstützt, eine dreimonatige Pflegezeit
97 Plus mit Lohnersatzleistung erhält.

98 Insbesondere Frauen reduzieren zugunsten der Familie häufig ihre Arbeitszeit.
99 Der Grund dafür sind oft Sorgearbeiten in der Familie, vor allem die Betreuung
100 von Kindern oder zu pflegenden Angehörigen. Mittel- und langfristig stellt sich
101 diese Entscheidung allerdings oft als ungewünschte Einbahnstraße heraus, weil
102 der Weg zurück in die ursprüngliche Arbeitszeit versperrt ist. Wir brauchen
103 daher einen allgemeinen Anspruch auf Befristung der Teilzeit und einen
104 Rechtsanspruch auf Rückkehr auf eine volle Stelle. Zudem sollen Frauen und
105 Männer endlich gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit bekommen. Wir
106 unterstützen eine partnerschaftliche Aufteilung von bezahlten und unbezahlten
107 Aufgaben. Beide Partner*innen sollen wirtschaftlich unabhängig sein, damit sie
108 selbstbestimmt leben können – auch im Alter.

109 Die Landesregierung nimmt als familienfreundliche Arbeitgeberin dabei eine
110 Vorbildfunktion ein. In den Ministerien, Behörden und Dienststellen des Landes
111 sollen entsprechende Instrumente implementiert werden:
112 Familienarbeitszeitkonten, Familienpflegezeit und die Berücksichtigung von
113 Familienarbeit bei Einstellungen. Das Land soll darüber hinaus gemeinsam mit den
114 Kommunen, Kammern und Wirtschaftsunternehmen einen Zeitatlas erstellen (Ist-
115 Analyse) und gemeinsam mit Familien und den Akteuren vor Ort Ideen zur
116 Zeitoptimierung und konkrete Schritte zu deren Umsetzung entwickeln und
117 vollziehen.

118 Frühkindliche Bildung für alle Kinder - Kinderbetreuung am Bedarf der Familien
119 ausrichten

120 Für die frühkindliche Bildung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist
121 eine flächendeckende, qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, die sich an den
122 Bedarfen der Kinder und Familien orientiert, von zentraler Bedeutung. Wir haben
123 schon viel erreicht und wollen diese erfolgreiche Politik fortsetzen. Beim
124 Ausbau der Kita-Plätze für Kinder unter drei Jahren und der frühkindlichen
125 Bildung stehen wir bundesweit an der Spitze. Aktuell besuchen 44 Prozent der
126 UnterDreijährigen und beinahe 100 Prozent der Über-Dreijährigen eine Kita.
127 Rheinland-Pfalz ist das einzige Flächenland in Deutschland, das den Kindergarten
128 ab dem 2. Lebensjahr beitragsfrei gestaltet. Hier steht das Angebot unabhängig
129 vom Geldbeutel der Eltern allen Kindern zur Verfügung. Das soll auch so bleiben.

130 Wir werden das Kindertagesstättengesetz des Landes reformieren mit dem Ziel den
131 Rechtsanspruch zu konkretisieren, die pädagogische Qualität zu steigern,
132 Inklusion von Anfang an zu gestalten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
133 weiter zu verbessern. Dabei soll ein qualitätsstärkendes, transparentes
134 vereinfachtes, verlässliches, Finanzierungskonzept erstellt werden.

135 Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz soll für alle Kinder ab dem vollendeten
136 ersten Lebensjahr ein Ganztagsangebot von mindestens 7 Stunden mit vollwertigem
137 Mittagessen und Schlafangebot ermöglichen. Die Öffnungszeiten der

138 Kindertagesstätten sollen vom Träger unter Berücksichtigung des Wohls der Kinder
139 gemeinsam mit den Eltern festgelegt werden. Den Bedürfnissen insbesondere
140 erwerbstätiger Eltern soll Rechnung getragen werden. Insbesondere sollen bei
141 Bedarf ein Verlängertes Vormittags- oder Ganztagsangebot vorgehalten werden.

142 Auch in den Kitas setzen wir uns für umfassende Teilhabe, Gleichstellung und
143 Selbstbestimmung von Kindern mit Behinderungen ein. Beteiligung aller von Anfang
144 an und Inklusion statt Ausgrenzung, das sind unsere Ziele. Kitas sollen daher
145 barrierefrei sein. Je früher Inklusion stattfindet, umso selbstverständlicher
146 gestalten sich das gesellschaftliche Zusammenleben und die erforderliche
147 Akzeptanz. Kitas sollen sich in inklusive Kitas und Fördergruppen in gemischte
148 Gruppen weiterentwickeln. Wir wollen für jedes Kind und seinen besonderen
149 Bedarf, unabhängig vom Lern- oder Förderort, die notwendige professionelle
150 Unterstützung ermöglichen. Daher wollen wir im Kindertagesstättengesetz den
151 Rechtsanspruch auf einen inklusive Kita-Platz verankern.

152 Die Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten wollen wir
153 durch ein verbindliches landeseinheitliches Bildungsprogramm sicherstellen. Die
154 Sprachförderung soll mit dem Eintritt in die Kindertagesstätte beginnen.
155 ErzieherInnen nehmen heute eine Schlüsselaufgabe bei der frühkindlichen Bildung
156 wahr und brauchen dafür Entlastung. Wir wollen die Möglichkeit
157 multiprofessioneller Teams in Kitas weiter ausbauen. Beim Personalschlüssel
158 streben wir eine reale Verbesserung an, die sich an den von der Forschung
159 ermittelten Werten der Fachkraft-Kind-Relation orientiert (1 ErzieherIn / 3
160 Kinder unter 3 Jahren bzw. 1 ErzieherIn / 10 Kinder über 3 Jahren). Die Aspekte
161 der Beobachtung und Dokumentation, der Freistellung von Leiterinnen und Leitern
162 sowie der mittelbaren pädagogischen Arbeit und des Anteils der Ganztagsbetreuung
163 müssen dabei berücksichtigt werden.

164 Wir wollen die Elternbeteiligung und die Mitwirkungsmöglichkeiten von Kindern
165 bei der Alltagsgestaltung stärken. Die Elternmitbestimmung soll nach Vorbild des
166 Schulgesetzes ausgebaut werden. Kreiselternausschuss und Landeselternausschuss
167 sollen institutionalisiert werden.

168 Mit dem Programm „Kita!Plus“ haben wir Kindertagesstätten weiterentwickelt:
169 Kitas werden zu einem Ort für die ganze Familie, weil die partnerschaftliche
170 Zusammenarbeit mit Eltern und die gute Vernetzung der Kitas im Sozialraum
171 gestärkt wird. Das werden wir weiter ausbauen und fortführen. Kindertagesstätten
172 sollen zu Familienzentren weiterentwickelt werden. Familienzentren sollen
173 gemeinsam mit der Kommune und dem Jugendamt ein Konzept erstellen, das sich am
174 Sozialraum orientiert mit dem Ziel, Unterstützungsangebote für Familien, wie
175 Familienberatung und Familienbildung, um die Kita herum anbieten zu können.

176 Um den Umgang mit der Natur stärker zu fördern, wollen wir die bewährten
177 Strukturen aus dem Bereich der Umweltbildung – zum Beispiel die Forstämter und
178 Waldpädagogik – weiter ausbauen. Durch naturnahe Spielräume, Förderprogramme wie
179 Spielleitplanung und große Außengelände von Kindertagesstätten sollen Kinder
180 Natur erleben und selbst mitgestalten können.

181 Der Übergang in die Grundschule muss so gestaltet werden, dass Ängste bei
182 Kindern gar nicht erst aufkommen. Die Kindertagesstätten sollen unter
183 Einbeziehung der Eltern mit den Grundschulen zur Information und Abstimmung
184 ihrer jeweiligen Bildungskonzepte zusammenarbeiten um Kontinuität in der
185 Bildungskette zu schaffen. Wir wollen das Foren des Austauschs der

186 Bildungsstätten KiTa und Grundschule sowie Möglichkeiten der gegenseitigen
187 Hospitation geschaffen und durch entsprechende Rahmenbedingungen sachlich und
188 personell gefördert werden.

189 Dazu gehört auch das Schulentwicklungsplanung und KiTa-Bedarfsplanung als
190 abgestimmtes Konzepte in den Kommunen erarbeitet werden müssen.

191 Auch für jedes Schulkind soll es bei Bedarf ein ganztägiges Angebot geben,
192 entweder in einer Ganztagschule oder in einem Hort. Die Bedarfsplanung für die
193 Tagesbetreuung von Schulkindern soll sich an der Nachfrage orientieren. Bei
194 kurzfristigen Engpässen sollen insbesondere Kinder von Alleinerziehenden und von
195 Eltern, die beide erwerbstätig sind oder in Ausbildung stehen zu berücksichtigt
196 werden. Betreuende Grundschulen ergänzen das Angebot.

197 Es gibt aber nach wie vor einen hohen Bedarf an Betreuungsmöglichkeiten, vor
198 allem auch in Randzeiten abends, nachts, am Wochenende und in den Ferien. Der
199 flächendeckende Ausbau der Ferienbetreuung in Rheinland-Pfalz ist ein erster
200 Schritt. Wir GRÜNE nehmen die Betreuungsgarantie ernst: Auch für eine
201 alleinerziehende Mutter im Schichtdienst muss es die Möglichkeit einer
202 kindgerechten, qualitativ hochwertigen Betreuung geben. Betreuungskonzepte
203 müssen auf Randzeitenbetreuung am Abend und in der Nacht weiterentwickelt
204 werden. Dazu gehört die Kindertagespflege, wie auch Modelle von „24-Stunden-
205 Kitas. Soweit die sonstigen Voraussetzungen vorliegen, sollen von einer
206 Tagespflegeperson bei Kindern unter drei Jahren bis zu drei und bei Kindern über
207 drei Jahren bis zu fünf Kinder betreut werden können.

208 GRÜNE Politik macht das Land familiengerecht!

209 Die Familieninstitutionen des Landes - Häuser der
210 Familie/Mehrgenerationenhäuser, Familienbildungsstätten und Familienzentren -
211 sind wichtige Partnerinnen und Partner. Erziehungs-, Ehe-, Familien- und
212 Lebensberatungsstellen sowie Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen
213 unterstützen Familien und insbesondere Frauen in allen Lebenslagen. Dadurch
214 können frühzeitig vielfältige präventive Hilfestellungen eingeleitet werden. Das
215 Familienministerium fördert ihre Arbeit und trägt zum Beispiel durch die
216 Servicestelle „Netzwerk Familie stärken“ zu einer stärkeren sozialräumlichen
217 Vernetzung der Angebote vor Ort bei. Rheinland-Pfalz hat als erstes Flächenland
218 eine Ombudsstelle für die Kinder- und Jugendhilfe geschaffen, um Kindern,
219 Jugendlichen und ihren Eltern bei Bedarf niedrigschwellige Beschwerden zu
220 ermöglichen und bei deren Klärung zu vermitteln und zu unterstützen.

221 Familienpolitik ist auch Kinderpolitik. Kinder haben ein Recht auf die
222 bestmögliche Förderung ihrer Entwicklung. Deshalb ist es notwendig, dass
223 Kinderrechte endlich auch im Grundgesetz verankert werden. Kindern und
224 Jugendlichen, die in schwierigen sozialen und familiären Verhältnissen
225 aufwachsen, muss alle erdenkliche Hilfe zur Sicherung ihrer Chancengerechtigkeit
226 zukommen. Schon heute gibt es im Land ein System Früher Hilfen, die lokale und
227 regionale Unterstützungssysteme für Eltern und Kinder bilden und darauf
228 abzielen, Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Eltern in Familie und
229 Gesellschaft frühzeitig und nachhaltig zu verbessern. Neben alltagsnaher
230 Unterstützung leisten Frühe Hilfen insbesondere einen Beitrag zur Förderung der
231 Beziehungs- und Erziehungskompetenz von Müttern und Vätern. Damit tragen sie
232 maßgeblich zum gesunden Aufwachsen von Kindern bei und sichern deren Rechte auf
233 Schutz, Förderung und Teilhabe.

234 Für junge Menschen mit besonderen erzieherischen Beeinträchtigungen sind
235 sozialpädagogische Hilfen nötig. Dabei ist Heimunterbringungen wenn irgend
236 möglich zu verzichten. Ambulante Maßnahmen, sozialpädagogische Hilfen und
237 Familienhilfen sowie Tagesfördergruppen sind förderlich für Kinder und Familien
238 sowie kostengünstig und effizient. Wir werden die ambulanten Hilfen gemeinsam
239 mit den Kommunen ausbauen. Zur Abwehr von Gefährdung des Kindeswohls bedarf es
240 auch frühzeitiger präventiver Hilfe in den Familien. Unverzichtbar ist darüber
241 hinaus eine verstärkte Netzwerkarbeit zwischen Jugendämtern, Kindertagesstätten,
242 Schulen, Vereinen und kirchlichen Einrichtungen. Das Monitoring für die Hilfen
243 zur Erziehung ist ein sinnvolles Instrument, um landesweite und kommunale
244 Entwicklungen abzubilden und zu steuern.

245 Auf Bundesebene setzen wir uns für eine umfassende Reform der Kinder- und
246 Jugendhilfen ein. Dabei muss der individuelle Rechtsanspruch auf Hilfen zur
247 Erziehung für alle Kinder und Familien, die hier leben, gestärkt werden.
248 Entscheidend für ein Ende der Hilfe darf nicht der 18. Geburtstag, sondern muss
249 der tatsächliche Bedarf sein. Wir befürworten dabei die „inklusive Lösung. Wir
250 wollen im SGB VII ein einheitliches Rechtssystem für alle Kinder und
251 Jugendlichen verankern, gleich ob sie eine Behinderung haben oder nicht.

252 Kinderarmut bekämpfen

253 Zeit ist Geld, aber ohne Geld hilft Eltern Zeit allein natürlich auch nicht. Wir
254 wollen, dass Familien keine finanziellen Nöte haben müssen. Dass etwa jedes
255 zweite Kind in einem Alleinerziehenden-Haushalt und fast jedes fünfte Kind
256 insgesamt in Armut aufwächst oder davon bedroht, ist ein
257 gesellschaftspolitischer Skandal. Das deutsche Familienfördersystem ist
258 ungerecht und nicht dazu geeignet, Kinderarmut zu verhindern. Kinder sind dem
259 Staat heute unterschiedlich viel wert – so bekommen Besserverdienende über die
260 steuerlichen Freibeträge hinaus am Ende mehr als Menschen mit durchschnittlichen
261 oder geringen Einkommen, die Kindergeld beziehen. Wir wollen nicht mehr die Ehe,
262 sondern Kinder fördern. Daher brauchen Kinder eine einkommensunabhängige
263 Kindergrundsicherung, die jedem Kind das sozio-ökonomische Existenzminimum
264 garantiert. Ein erster Schritt wäre eine Reform des Kinderzuschlags, damit diese
265 Leistung endlich alle Kinder – auch diejenigen, die in armen Familien leben,
266 erhalten.

267 Alleinerziehende und ihre Kinder haben ein eklatantes Armutsrisiko. Wir GRÜNE
268 stehen für eine Politik, die Alleinerziehende unterstützt – eine verlässliche
269 Kinderbetreuung und Arbeitsförderung durch das Land ermöglichen Erwerbsarbeit.
270 Ebenso wichtig sind sichere finanzielle Rahmenbedingungen. Fehlende
271 Lohnzuwächse, zunehmendes Einkommensungleichgewicht, unterbrochene
272 Erwerbsbiographien und das Fehlen einer Basisrente führen zu wachsender
273 Altersarmut. Dies betrifft insbesondere Frauen. Auf Bundesebene setzen wir uns
274 deshalb für eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen ein.

275 Wir brauchen insbesondere für Familien ausreichend bezahlbaren Wohnraum. Unser
276 Ziel ist es, in fünf Jahren über 20.000 zusätzliche bezahlbare Wohnungen mit
277 Hilfe des Landes zu schaffen.

278 Mit uns GRÜNEN wurde die Bildung von der Kita bis zur Hochschule in Rheinland-
279 Pfalz gebührenfrei und wird es auch bleiben. Wir sind von gebührenfreier Bildung
280 von den Kindertagesstätten bis zu den Hochschulen überzeugt, während die CDU mit
281 ihren Forderungen nach Gebühren die Familien belasten möchte. Gebührenfreiheit

282 ist für uns auch eine Frage der Gerechtigkeit, denn gerade sozial
283 benachteiligten Familien ermöglichen wir damit den Zugang zu allen
284 Bildungseinrichtungen. Qualifizierung ist der Schlüssel, um sich nicht nur
285 selbst weiterzuentwickeln, sondern auch zu verhindern, dass Armut in die nächste
286 Generation weitergegeben wird. Die Schulsozialarbeit muss auf alle Schularten
287 ausgeweitet und bedarfsgerecht ausgebaut werden.

288 Familienfreundlichkeit im Alltag vor Ort

289 Familien brauchen Unterstützung konkret im Alltag vor Ort. „Lokale Bündnisse für
290 Familien“ sind Vorreiter für eine gelingende Vernetzung und Aktivierung
291 unterschiedlicher familienpolitischer Akteurinnen und Akteure in den Kommunen
292 und sollten flächendeckend gegründet werden. Öffentliche Einrichtungen, wie
293 Schwimmbäder oder Theater, sollen Familientarife anbieten. Das Land soll bei
294 sämtlichen eigenen Veranstaltungen, für die ein Eintritt verlangt wird, einen
295 Familientarif anbieten und die auch bei der Förderung von Veranstaltungen zur
296 Bedingung machen. Land und Kommunen sollen bei öffentlichen Veranstaltungen
297 kostenlose Kinderbetreuung auch während der Sitzungen des Landtags, der
298 Kommunalen Räte und vergleichbarer Gremien anbieten.

Begründung

erfolgt mündlich.